S 7 R 1756/15

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Rentenversicherung
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 7 R 1756/15
Datum	17.10.2017

2. Instanz

Aktenzeichen	L 3 R 953/17
Datum	14.06.2021

3. Instanz

Datum	26.07.2023

Â

Die Revision der KlÃ¤gerin gegen das Urteil des Landessozialgerichts NordrheinWestfalen vom 14.Â JuniÂ 2021 wird zurÃ¼ckgewiesen.

Kosten sind auch fÃ¼r das Revisionsverfahren nicht zu erstatten.

G r Ã¼ n d e :

I

1
Die KlÃ¤gerin begehrt eine hÃ¶here Regelaltersrente unter BerÃ¼cksichtigung von weiteren Pflichtbeitragszeiten wegen der Erziehung ihrer vor 1992 geborenen Tochter.

2
Die 1952 geborene KlÃ¤gerin war von September 1978 bis April 1980 Beamtin auf Widerruf. Vom 1.8.1980 bis zum 31.1.1982 war sie Â unterbrochen durch einen

unbezahlten Urlaub in der Zeit vom 4.5.1981 bis zum 6.9.1981Â in einem privatrechtlichen ArbeitsverhÃ¤ltnis im Ã¶ffentlichen Dienst in Teilzeit beschÃ¤ftigt. Zum 1.2.1982 wurde sie zur Beamtin auf Lebenszeit ernannt und war bis zum Eintritt in den Ruhestand als Lehrerin tÃ¤tig. Bereits am 8.3.1981 wurde ihre Tochter K geboren.

3
Die Beklagte stellte mit Vormerkungsbescheid vom 2.9.2013 fÃ¼r die Tochter der KlÃ¤gerin eine Kindererziehungszeit (KEZ) im Umfang von zehn Kalendermonaten beginnend nach Ablauf des Monats der Geburt fest. Die Vormerkung der Monate Februar und MÃ¤rz 1982 als KEZ lehnte sie unter Hinweis auf die Einbeziehung der KlÃ¤gerin in ein gleichwertiges Alterssicherungssystem ab.

4
Nach Erteilung einer Rentenauskunft im Januar 2015 wandte sich die KlÃ¤gerin an die Beklagte und beanstandete, dass fÃ¼r ihre Tochter keine weiteren KEZen entsprechend der 2014 eingefÃ¼hrten MÃ¼tterrente berÃ¼cksichtigt worden seien. Mit Bescheid vom 19.1.2015 lehnte die Beklagte die Vormerkung weiterer KEZen fÃ¼r die Tochter ab dem â1.4.1982â (richtig: 1.2.1982) ab. Die KlÃ¤gerin habe wÃ¤hrend dieser Zeit Versorgungsanwartschaften nach beamtenrechtlichen Vorschriften erworben. Hiergegen erhob die KlÃ¤gerin mit Schreiben vom 11.2.2015 Widerspruch. Sie habe fÃ¼r ihre Tochter keine Versorgungsanwartschaften aufgrund von Erziehung erlangt. Es seien daher von der Beklagten 24Â Kalendermonate der Kindererziehung anzuerkennen.

5
Mit Widerspruchsbescheid vom 10.8.2015 wies die Beklagte den Widerspruch zurÃ¼ck. Die Vormerkung von KEZen fÃ¼r das Kind K sei mit Beginn des BeamtenverhÃ¤ltnisses am 1.2.1982 ausgeschlossen.

6
Das SG hat den Bescheid vom 19.1.2015 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 10.8.2015 geÃ¤ndert und die Beklagte verpflichtet, bei der KlÃ¤gerin die Zeit vom 1.2.1982 bis zum 31.3.1983 als KEZ fÃ¼r die Tochter K vorzumerken (Urteil vom 17.10.2017). Die KlÃ¤gerin sei nicht von der Anrechnung weiterer KEZen ausgeschlossen. Â§Â 56 AbsÂ 4 NrÂ 3 SGBÂ VI fordere, dass Versorgungsanwartschaften aufgrund der Erziehung erworben werden. FÃ¼r die KlÃ¤gerin seien aber nach beamtenrechtlichen Vorschriften im streitbefangenen Zeitraum keine Zeiten in einem kausalen Zusammenhang mit der Erziehung anerkannt worden. Der bloÃe Erwerb von beamtenrechtlichen Anwartschaften in der Erziehungszeit genÃ¼ge fÃ¼r den Ausschluss nicht.

7
Mit Bescheid vom 19.12.2017 hat die Beklagte der KlÃ¤gerin ab dem 1.1.2018 eine Regelaltersrente bewilligt. Hierbei berÃ¼cksichtigte sie KEZen fÃ¼r die Tochter weiterhin lediglich fÃ¼r die Zeit vom 1.4.1981 bis zum 31.1.1982.

8

Auf die Berufung der Beklagten hat das LSG das Urteil des SG aufgehoben und die Klage abgewiesen (Urteil vom 14.6.2021). Die KlÃ¤gerin sei mit der Ernennung zur Beamtin am 1.2.1982 von der Anrechnung von KEZen gemÃ¤Ã Â§Â 56 AbsÂ 4 NrÂ 3 SGBÂ VI ausgeschlossen. Zwar spreche der Wortlaut der Vorschrift gegen ein solches VerstÃ¤ndnis. Die KlÃ¤gerin habe fÃ¼r ihre Tochter gerade keine Versorgung nach beamtenrechtlichen Vorschriften erworben. Nach Sinn und Zweck der Ausschlussregelung bestehe jedoch Anlass zu einer vom Wortlaut abweichenden Auslegung. Der Gesetzgeber habe Beamte vollstÃ¤ndig von der Anrechnung von KEZen ausschlieÃen wollen. Dies ergebe sich aus der GesetzesbegrÃ¼ndung. Der Senat nehme Bezug auf die AusfÃ¼hrungen des BSG im Urteil vom 10.10.2018 (BÂ 13Â R 20/16Â R) und schlieÃe sich ihnen an. Dass sich die Zeit der Erziehung der Tochter in der beamtenrechtlichen Versorgung der KlÃ¤gerin nicht erhÃ¶hend auswirke, habe seine Ursache allein in der Ausgestaltung der beamtenrechtlichen Vorschriften in Nordrhein-Westfalen (NRW) fÃ¼r vor 1992 geborene Kinder. Da die beamtenrechtliche Versorgung kraft Gesetzes als annÃ¤hernd gleichwertig gelte, sei nicht im Einzelfall zu prÃ¼fen, ob und inwieweit sich die Erziehung eines Kindes dort auswirke.

9
Mit ihrer vom LSG zugelassenen Revision rÃ¼gt die KlÃ¤gerin eine Verletzung des Â§Â 56 AbsÂ 4 NrÂ 3 SGBÂ VI. Der Gesetzgeber habe mit der zum 1.7.2014 in Kraft getretenen Neuregelung eine doppelte BerÃ¼cksichtigung von KEZen in der gesetzlichen Rentenversicherung und der Beamtenversorgung vermeiden wollen. Die Fiktion des Â§Â 56 AbsÂ 4 NrÂ 3 HalbsatzÂ 2 SGBÂ VI setze voraus, dass es AnsprÃ¼che gebe, die im Rahmen der Beamtenversorgung durch die Kindererziehung erworben worden seien. Bleibe jedoch bei einem Wechsel in die Beamtenversorgung wÃ¤hrend der Kindererziehung die Zeit der Kindererziehung nach beamtenrechtlichen Vorschriften unberÃ¼cksichtigt, sei ein Ausschluss nicht gerechtfertigt.

10
Die KlÃ¤gerin beantragt,

das Urteil des Landessozialgerichts NordrheinWestfalen vom 14.Â JuniÂ 2021 aufzuheben, die Berufung der Beklagten gegen das Urteil des Sozialgerichts DÃ¼sseldorf vom 17.Â OktoberÂ 2017 zurÃ¼ckzuweisen und die Beklagte unter Ãnderung des Bescheids vom 19.Â DezemberÂ 2017 zu verurteilen, ihr hÃ¶here Altersrente ab dem 1.Â JanuarÂ 2018 unter BerÃ¼cksichtigung weiterer Kindererziehungszeiten vom 1.Â Februar 1982 bis zum 31.Â MÃ¤rz 1983 sowie ab dem 1.Â Januar 2019 unter BerÃ¼cksichtigung eines Zuschlags von persÃ¶nlichen Entgeltpunkten fÃ¼r Kindererziehung zu gewÃ¤hren.

11
Die Beklagte beantragt,

die Revision der KlÃ¤gerin zurÃ¼ckzuweisen.

12

Sie hÃ¤lt die angefochtene Entscheidung fÃ¼r zutreffend. Unter BerÃ¼cksichtigung des Wortlauts der Ausschlussregelung, der Entstehungsgeschichte und des Regelungswillens des Gesetzgebers sei entscheidend, ob ein Versicherter in dem anderen Alterssicherungssystem generell Versorgungsanwartschaften wÃ¤hrend und aufgrund der Kindererziehung erwerben kÃ¶nne, und nicht, ob im Einzelfall auch tatsÃ¤chlich Versorgungsanwartschaften wÃ¤hrend und aufgrund der Erziehung erworben worden seien.

13
Die Beigeladene hat keinen Antrag gestellt und auch inhaltlich nicht Stellung genommen.

II

14
Die zulÃ¤ssige Revision der KlÃ¤gerin ist unbegrÃ¼ndet (Â§Â 170 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGG). Das LSG hat auf die Berufung der Beklagten zu Recht das angefochtene Urteil des SG aufgehoben und die Klage abgewiesen.

15
A.Â Das Begehren der KlÃ¤gerin ist auf hÃ¶here Altersrente unter BerÃ¼cksichtigung weiterer KEZen fÃ¼r ihre Tochter gerichtet. Sie macht dies zutreffend mit einer Anfechtungs und Leistungsklage geltend (Â§Â 54 AbsÂ 4 SGG, vgl BSG Urteil vom 16.6.2015 Â BÂ 13Â R 23/14Â RÂ juris RdNrÂ 12 mwN). Zwar hatte die KlÃ¤gerin ursprÃ¼nglich gegen den Bescheid vom 19.1.2015 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 10.8.2015 eine Anfechtungs und Verpflichtungsklage (Â§Â 54 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGG) erhoben, soweit dort die Zeit vom 1.2.1982 bis zum 31.3.1983 nicht als KEZ vorgemerkt worden war. Dieses Begehren ist aber nach Bewilligung der Altersrente zum 1.1.2018 (Bescheid vom 19.12.2017) nicht mehr durch eine Klage auf gesonderte Korrektur des Vormerkungsbescheids, sondern im Rahmen der Ãberprüfung des Rentenbescheids zu verfolgen (vgl BSG aaO RdNrÂ 13; BSG Urteil vom 14.12.2011 Â BÂ 5Â R 36/11Â RÂ SozR 42600 Â§Â 248 NrÂ 1 RdNrÂ 12).

16
B.Â Der KlÃ¤gerin steht kein Anspruch auf hÃ¶here Altersrente unter BerÃ¼cksichtigung weiterer KEZen fÃ¼r ihre Tochter zu. Der Bescheid vom 19.12.2017 ist rechtmÃ¤Ãig und verletzt sie nicht in ihren Rechten.

17
I.Â Die PrÃ¼fung der fÃ¼r die Berechnung der Rente bedeutsamen Zeiten hat auf der Grundlage des im Zeitpunkt der Rentenbewilligung zum 1.1.2018 maÃgeblichen Rechts zu erfolgen (vgl Â§Â 300 AbsÂ 1 undÂ 2 SGBÂ VI). Dies sind hier insbesondere die Vorschriften der Â§Â 56 AbsÂ 4 NrÂ 3, Â§Â 249 AbsÂ 1 SGBÂ VI jeweils idF des RVLeistungsverbesserungsgesetzes vom 23.6.2014 (BGBlÂ I 787; im Folgenden: RVLVG). Der Anwendung der zum 1.1.2019 in Kraft getretenen Neuregelung des Â§Â 249 AbsÂ 1 SGBÂ VI idF des RVLeistungsverbesserungs und Stabilisierungsgesetzes (RV-LVSG) vom 28.11.2018 (BGBlÂ I 2016), die fÃ¼r vor

dem 1.1.1992 geborene Kinder eine KEZ von 30Â Kalendermonaten vorsieht, steht Â§Â 306 AbsÂ 1 SGBÂ VI entgegen. FÃ¼r Versicherte mit zum 1.1.2019 bereits bestehendem Anspruch auf Rente kommt eine weitergehende BerÃ¼cksichtigung von Zeiten der Kindererziehung allenfalls Ã¼ber einen Zuschlag nach Â§Â 307d AbsÂ 1a SGBÂ VI in Betracht.

18
II.Â GemÃ¤Ã Â§Â 56 AbsÂ 1 SGBÂ VI (idF des RVLVG) wird fÃ¼r einen Elternteil eine KEZ in den ersten drei Lebensjahren des Kindes (SatzÂ 1) angerechnet, wenn die Erziehungszeit diesem Elternteil zuzuordnen ist (SatzÂ 2 NrÂ 1 iVm AbsÂ 2), die Erziehung im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland erfolgt ist oder einer solchen gleichsteht (SatzÂ 2 NrÂ 2 iVm AbsÂ 3) und der Elternteil nicht von der Anrechnung ausgeschlossen ist (SatzÂ 2 NrÂ 3 iVm AbsÂ 4). Nach Â§Â 249 AbsÂ 1 SGBÂ VI (idF des RVLVG) sind KEZen Â abweichend von Â§Â 56 AbsÂ 1 SGBÂ VIÂ fÃ¼r vor dem 1.1.1992 geborene Kinder auf 24Â Kalendermonate nach Ablauf des Monats der Geburt begrenzt.

19
Bei der KlÃ¤gerin sind die ersten beiden Voraussetzungen fÃ¼r die Zuordnung von KEZen im Umfang von 24Â Kalendermonaten erfÃ¼llt. Aus den Feststellungen des LSG (Â§Â 163 SGG) ergibt sich, dass die KlÃ¤gerin ihre Tochter in den ersten zwei Jahren nach Ablauf des Geburtsmonats in Deutschland erzogen hat und eine Ã¼bereinstimmende ErklÃ¤rung der Eltern Ã¼ber die Zuordnung der Zeit zur KlÃ¤gerin vorliegt (Â§Â 56 AbsÂ 2 SatzÂ 3 SGBÂ VI). Einer Anrechnung von KEZen Ã¼ber die bereits berÃ¼cksichtigten ersten zehn Kalendermonate nach Ablauf des Monats der Geburt der Tochter hinaus steht aber die Regelung in Â§Â 56 AbsÂ 4 NrÂ 3 SGBÂ VI entgegen. Danach sind Elternteile von der Anrechnung ausgeschlossen, wenn sie wÃ¤hrend der Erziehungszeit Anwartschaften auf Versorgung im Alter aufgrund der Erziehung erworben haben, wenn diese nach den fÃ¼r sie geltenden besonderen Versorgungsregelungen annÃ¤hernd gleichwertig berÃ¼cksichtigt wird wie die Kindererziehung nach diesem Buch; als in diesem Sinne systembezogen annÃ¤hernd gleichwertig gilt eine Versorgung nach beamtenrechtlichen Vorschriften oder GrundsÃ¤tzen oder entsprechenden kirchenrechtlichen Regelungen.

20
1.Â a) Auch bei Beamten werden Zeiten der Kindererziehung bei der Bemessung der zur Alterssicherung vorgesehenen Versorgungsleistungen berÃ¼cksichtigt. Zeitgleich mit der EinfÃ¼hrung von KEZen in der gesetzlichen Rentenversicherung zum 1.1.1986 im Umfang von zunÃ¤chst zwÃ¶lf Monaten (durch das Hinterbliebenenrenten- und Erziehungszeiten-Gesetz vom 11.7.1985, BGBlÂ I 1450; zur Entwicklung sÂ auch BVerfG Urteil vom 7.7.1992 Â 1Â BvL 51/86Â uaÂ BVerfGE 87, 1, 6Â ff = juris RdNrÂ 5Â ff) wurde Â§Â 6 AbsÂ 1 Beamtenversorgungsgesetz (BeamtVG) um SatzÂ 4 undÂ 5 ergÃ¤nzt (durch Â§Â 36 NrÂ 1 des Bundeserziehungsgeldgesetzes vom 6.12.1985, BGBlÂ I 2154). Sie bestimmten, dass die Zeiten eines Erziehungsurlaubs oder einer sonstigen nach Beamtenrecht mÃ¶glichen Freistellung vom Dienst bis zu dem Tag, an dem das Kind sechs Monate alt wurde, als ruhegehaltfÃ¤hig galten und auf diese Weise bei der Berechnung des

Ruhegehalts wirksam wurden (vgl Â§Â 4 AbsÂ 3 BeamtVG). Als Bestandteil der ruhegehaltfÃ¤higen Dienstzeit beeinflussten sie den maÃgeblichen Prozentsatz der insgesamt ruhegehaltfÃ¤higen DienstbezÃ¼ge, der die HÃ¶he der im Einzelfall zu zahlenden VersorgungsbezÃ¼ge bestimmt (vgl Â§Â 14 AbsÂ 1 SatzÂ 1 BeamtVG); dieser Anteil ist durch einen im Gesetz vorgegebenen HÃ¶chstsatz begrenzt (vormals 75Â %, ab 1.1.2003: 71,75Â %).

21
AnlÃ¤sslich der Ausweitung der KEZ in der gesetzlichen Rentenversicherung auf drei Jahre fÃ¼r Geburten ab dem 1.1.1992 (vgl Â§Â§Â 56, 249 AbsÂ 1 SGBÂ VI in der ab dem 1.1.1992 geltenden Fassung des RRG 1992 vom 18.12.1989, BGBlÂ I 2261) erfolgte eine grundlegende Umgestaltung der BerÃ¼cksichtigung von Kindererziehung in der Beamtenversorgung. Ab diesem Zeitpunkt wurden die Regelungen zur Anerkennung als ruhegehaltfÃ¤hige Dienstzeit in Â§Â 6 AbsÂ 1 SatzÂ 4 undÂ 5 BeamtVG gestrichen. Stattdessen ist fÃ¼r ab dem 1.1.1992 geborene Kinder nunmehr fÃ¼r bis zu 36Â Monate der Erziehung die Zahlung eines Kindererziehungszuschlags zusÃ¤tzlich zum Ruhegehalt vorgesehen (vgl zunÃ¤chst Â§Â 1 AbsÂ 1 Kindererziehungszuschlagsgesetz, verkÃ¼ndet als ArtÂ 16 des Gesetzes zur Ãnderung des BeamtVG und sonstiger dienst- und versorgungsrechtlicher Vorschriften vom 18.12.1989, BGBlÂ I 2218; ab 1.1.2002 nunmehr Â§Â 50a BeamtVG idF von ArtÂ 1 NrÂ 33 VersorgungsÃ¤nderungsgesetz 2001 vom 20.12.2001, BGBlÂ I 3926). Die HÃ¶he des Kindererziehungszuschlags entspricht dabei fÃ¼r jeden Monat der zu berÃ¼cksichtigenden Zeit dem in Â§Â 70 AbsÂ 2 SatzÂ 1 SGBÂ VI bestimmten Bruchteil des aktuellen Rentenwerts (vgl Â§Â 50a AbsÂ 4 BeamtVG). Allerdings werden die Vorteile aufgrund des Kindererziehungszuschlags in zweifacher Hinsicht begrenzt. Zum einen ordnet Â§Â 50a AbsÂ 5 BeamtVG an, dass die Summe aus Kindererziehungszuschlag und dem Ruhegehalt, das auf die entsprechende Zeit entfÃ¤llt, nicht hÃ¶her sein darf als die HÃ¶chstrente, die sich unter BerÃ¼cksichtigung der Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung ergeben wÃ¼rde. Zum anderen bestimmt Â§Â 50a AbsÂ 6 BeamtVG, dass die von dem Beamten erreichbare HÃ¶chstversorgung bei Einbeziehung des Kindererziehungszuschlags nicht Ã¼berschritten werden darf. Die Umstellung auf die ZuschlagslÃ¶sung sollte auf diese Weise gewÃ¤hrleisten, dass PensionÃ¤re im Hinblick auf die Kindererziehung gegenÃ¼ber Rentnern nicht bessergestellt werden (vgl BTDrucks 14/7064 SÂ 37 Â zu Â§Â 50a AbsÂ 4 undÂ 5; zu den HintergrÃ¼nden sÂ auch Weinbrenner in StegmÃ¼ller/Schmalhofer/Bauer, Beamtenversorgungsrecht des Bundes und der LÃ¤nder, Â§Â 6 BeamtVG RdNrÂ 235Â ff, Stand April 2018).

22
Die neuen Regelungen zur BerÃ¼cksichtigung der Kindererziehung bei den VersorgungsbezÃ¼gen mittels eines Kindererziehungszuschlags fÃ¼r bis zu 36Â Kalendermonate finden nur auf Beamte Anwendung, die ein nach dem 31.12.1991 geborenes Kind erzogen haben. Die Rechtslage ist insoweit vergleichbar mit der Stichtagsregelung in der gesetzlichen Rentenversicherung (vgl Â§Â 249 AbsÂ 1 SGBÂ VI in der ab dem 1.1.1992 geltenden Fassung des RRG 1992). FÃ¼r die Erziehung eines vor diesem Stichtag innerhalb eines BeamtenverhÃ¤ltnisses

geborenen Kindes verblieb es in der Beamtenversorgung bei der bisherigen Regelung, also der ErhÃ¶hung der ruhegehaltfÃ¤higen Dienstzeit um bis zu sechs Monate (vgl Â§Â 85 AbsÂ 7 SatzÂ 1 BeamtVG in der bis zum 31.8.2020 geltenden Fassung des VersorgÃndG 2001 vom 20.12.2001, BGBlÂ I 3926). Wurde hingegen ein vor dem 1.1.1992 geborenes Kind vor der Berufung in ein BeamtenverhÃ¤ltnis erzogen, wurde dies in der Beamtenversorgung ebenfalls mit einem Kindererziehungszuschlag berÃ¼cksichtigt, begrenzt auf zwÃ¶lf Kalendermonate nach Ablauf des Monats der Geburt (vgl Â§Â 50a AbsÂ 8 SatzÂ 1 BeamtVG). War der (spÃ¤tere) Beamte wegen der Erziehung des Kindes in der gesetzlichen Rentenversicherung gemÃ¤Ã Â§Â 3 SatzÂ 1 NrÂ 1 SGBÂ VI versicherungspflichtig und hatte die allgemeine Wartezeit fÃ¼r eine Rente erfÃ¼llt, war die Zahlung eines Kindererziehungszuschlags ausgeschlossen (vgl Â§Â 50a AbsÂ 1 SatzÂ 2Â BeamtVG).

23
Die dargestellten Regelungen zur BerÃ¼cksichtigung der Kindererziehung bei der Beamtenversorgung waren zunÃ¤chst einheitlich fÃ¼r alle Beamten in Deutschland maÃgeblich. Nach Wegfall der Gesetzgebungskompetenz des Bundes fÃ¼r das Versorgungsrecht der Landes- und Kommunalbeamten im Rahmen der FÃ¶deralismusreform (Streichung von ArtÂ 74a GG durch das Gesetz zur Ãnderung des GG vom 28.8.2006, BGBlÂ I 2034, mit Wirkung ab dem 1.9.2006) galten die Regelungen als Bundesrecht fort, konnten jedoch durch Landesrecht ersetzt werden (vgl ArtÂ 125a AbsÂ 1 GG). In diesem GefÃ¼ge haben der Bund und die LÃ¤nder auf die Ausweitung der KEZen in der gesetzlichen Rentenversicherung fÃ¼r vor dem 1.1.1992 geborene Kinder (zum 1.7.2014 auf 24Â Monate und zum 1.1.2019 auf 30Â Monate, vgl Â§Â 249 AbsÂ 1 SGBÂ VI idF des RVLVG vom 23.6.2014 bzw des RVLVSG vom 28.11.2018 , sog â MÃ¼tterrenteÂ I undÂ IIâ) fÃ¼r den Bereich der Beamtenversorgung in unterschiedlicher Weise reagiert.

24
FÃ¼r Bundesbeamte hat der Bundesgesetzgeber ab dem 1.9.2020 im BeamtVG die BerÃ¼cksichtigung von KEZen fÃ¼r vor dem 1.1.1992 geborene Kinder angelehnt an die Regelungen des SGBÂ VI nachvollzogen. Die Sonderregelung in Â§Â 50a AbsÂ 8 BeamtVG aF zum Kinderzuschlag fÃ¼r lediglich zwÃ¶lf Kalendermonate fÃ¼r ein vor der Berufung in das BeamtenverhÃ¤ltnis erzogenes Kind wurde ersatzlos gestrichen. Nunmehr sieht Â§Â 50a AbsÂ 2 BeamtVG (idF von ArtÂ 9 NrÂ 31 Besoldungsstrukturenmodernisierungsgesetz vom 9.12.2019, BGBlÂ I 2053) vor, dass fÃ¼r ein vor dem 1.1.1992 geborenes Kind 30Â Kalendermonate, fÃ¼r ein danach geborenes Kind 36Â Kalendermonate an KEZ berÃ¼cksichtigt und Ã¼ber den Kindererziehungszuschlag versorgungswirksam werden (sofern keine Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung nach Â§Â 3 SatzÂ 1 NrÂ 1 SGBÂ VI bestand und die allgemeine Wartezeit fÃ¼r eine Rente erfÃ¼llt ist, vgl Â§Â 50a AbsÂ 1 SatzÂ 2 BeamtVG).

25
In den BeamtVGen der LÃ¤nder finden sich unterschiedliche Regelungen insbesondere zur BerÃ¼cksichtigung der vor dem 1.1.1992 geborenen Kinder. So hat ThÃ¼ringen zB die Regelungen fÃ¼r Bundesbeamte ab dem 1.12.2021

inhaltlich Ã¼bernommen (vgl Â§Â 65 AbsÂ 1 undÂ 7 ThÃ¼rBeamtVG). Bei Beamten in Sachsen werden fÃ¼r solche Kinder derzeit grundsÃ¤tzlich 24Â Kalendermonate, ab dem 1.1.2024 ebenfalls 30Â Kalendermonate berÃ¼cksichtigt (vgl Â§Â 57 AbsÂ 7 SatzÂ 1 SÃ¤chsBeamtVG). Bayern hat fÃ¼r vor dem 1.1.1992 geborene Kinder die BerÃ¼cksichtigung als ruhegehaltfÃ¤hige Dienstzeit beibehalten (vgl ArtÂ 103 AbsÂ 2 BayBeamtVG: bis zu dem Tag, an dem das Kind 15Â Monate alt wird). In einigen LÃ¤ndern, etwa in NRW, gilt derzeit noch die Rechtslage, wie sie im BeamtVG des Bundes bis zum 31.8.2020 bestand, dh fÃ¼r vor dem 1.1.1992 geborene Kinder, die vor der Berufung in ein BeamtenverhÃ¤ltnis erzogen wurden, wird ein Kindererziehungszuschlag fÃ¼r zwÃ¶lf Monate berÃ¼cksichtigt und fÃ¼r im BeamtenverhÃ¤ltnis erzogene Kinder werden die ersten sechs Monate ab der Geburt des Kindes als ruhegehaltfÃ¤hige Dienstzeit anerkannt (vgl Â§Â 59 AbsÂ 9, Â§Â 88 AbsÂ 5 LBeamtVG NRW).

26
b)Â In welchem Umfang die Zeit einer ruhegehaltfÃ¤higen Kindererziehung, wie sie Â§Â 6 AbsÂ 1 SatzÂ 4 undÂ 5Â BeamtVGÂ aF vorsah, sich auf die Versorgung des Beamten auswirkt, hÃ¤ngt von der jeweiligen individuellen Dienstbiografie, insbesondere von den zuletzt bezogenen ruhegehaltfÃ¤higen DienstbezÃ¼gen ab. Bei Erreichen des HÃ¶chstruhegehaltssatzes bereits aufgrund anderer Dienstzeiten (vgl Â§Â 14 AbsÂ 1 BeamtVG; Â§Â 16 AbsÂ 1 LBeamtVG NRW) oder bei der Mindestversorgung (vgl Â§Â 14 AbsÂ 4 BeamtVG; Â§Â 16 AbsÂ 3 LBeamtVG NRW) wirkt sie sich im Ergebnis gar nicht aus (so zB auch in dem vom BSG entschiedenen Fall vom 10.10.2018 Â BÂ 13Â R 20/16Â RÂ BSGE 127, 11 = SozR 42600 Â§Â 56 NrÂ 9, in dem die KlÃ¤gerin eine Mindestversorgung erhielt; vgl dazu auch BVerwG Urteil vom 23.6.2016 Â 2Â C 17.14Â BVerwGE 155, 280 RdNrÂ 24Â ff). Auch die HÃ¶he des Kindererziehungszuschlags ist unter bestimmten UmstÃ¤nden von der HÃ¶he der sonstigen DienstbezÃ¼ge abhÃ¤ngig (doppelte HÃ¶chstgrenze nach Â§Â 50a AbsÂ 5 undÂ 6 BeamtVG); bei Bezug des Mindestruhegehalts wird der Zuschlag nicht ausgezahlt (vgl Â§Â 50a AbsÂ 7 SatzÂ 2 BeamtVG).

27
DemgegenÃ¼ber werden in der gesetzlichen Rentenversicherung KEZen als Beitragszeiten nach Â§Â 56 SGBÂ VI fÃ¼r jeden Versicherten grundsÃ¤tzlich gleich bewertet. Nach Â§Â 70 AbsÂ 2 SGBÂ VI betrÃ¤gt der Wert fÃ¼r jeden Kalendermonat 0,0833Â Entgeltpunkte (EP); das entspricht jÃ¤hrlich rund einem EP. Damit werden der Rentenberechnung fÃ¼r ein Jahr der Kindererziehung fiktiv BeitrÃ¤ge aus dem Durchschnittsverdienst aller Versicherten zugrunde gelegt. Fallen allerdings KEZen mit zeitgleich zurÃ¼ckgelegten sonstigen Beitragszeiten zusammen, erfolgt ggf eine HÃ¶chstwertbegrenzung (vgl Â§Â 70 AbsÂ 2 SatzÂ 2 SGBÂ VI iVm AnlageÂ 2b). Dies kann zur Folge haben, dass bei Versicherten mit parallel zur Kindererziehung erzieltem hohem Erwerbseinkommen die KEZ in geringerem Umfang rentenwirksam werden als bei denjenigen, die kein oder ein niedriges Erwerbseinkommen haben (zur VerfassungsgemÃ¤ÃheIt der Regelung vgl BSG Urteil vom 16.10.2019 Â BÂ 13Â R 14/18Â RÂ BSGE 129, 192 = SozR 42600 Â§Â 70 NrÂ 3; die hiergegen gerichtete Verfassungsbeschwerde wurde nicht zur Entscheidung angenommen: BVerfG Beschluss vom 30.9.2020 Â 1Â BvR 757/20 Â nicht verÃ¶ffentlicht).

28
2.Â Die KlÃ¤gerin wurde mit dem Wechsel in das BeamtenverhÃ¤ltnis auf Lebenszeit ab dem 1.2.1982 in das beamtenrechtliche Versorgungssystem einbezogen. Nach den Feststellungen des LSG sind in der beamtenrechtlichen Versorgung der KlÃ¤gerin allerdings keine Anteile fÃ¼r die Erziehung ihrer bereits zuvor im MÃ¤rz 1981 geborenen Tochter K enthalten. Da die Tochter zum Zeitpunkt des Eintritts der KlÃ¤gerin in das BeamtenverhÃ¤ltnis bereits zehnÂ Monate alt war, konnte keine Anerkennung der ersten sechs Monate als voll ruhegehaltfÃ¤hige Dienstzeit bzw gleichgestellte Zeit wegen Kindererziehung erfolgen (vgl Â§Â 88 AbsÂ 5 SatzÂ 1 LBeamtVG NRW iVm Â§Â 6 AbsÂ 1 SatzÂ 4 undÂ 5 BeamtVG in der bis zum 31.12.1991 geltenden Fassung). Auch die Regelung des Â§Â 59 AbsÂ 9 LBeamtVG NRW, wonach fÃ¼r vor dem 1.1.1992 auÃerhalb des BeamtenverhÃ¤ltnisses geborene und erzogene Kinder neben dem Ruhegehalt die Zahlung eines Kindererziehungszuschlags fÃ¼r bis zu zwÃ¶lf Monate nach Ablauf des Monats der Geburt gewÃ¤hrt wird, findet im Fall der KlÃ¤gerin jedenfalls fÃ¼r die zehn Kalendermonate bis zur BegrÃ¼ndung des BeamtenverhÃ¤ltnisses am 1.2.1982 keine Anwendung. FÃ¼r diesen Zeitraum werden ihr KEZen in der gesetzlichen Rentenversicherung angerechnet (vgl Â§Â 3 SatzÂ 1 NrÂ 1 SGBÂ VI) und ist die allgemeine Wartezeit erfÃ¼llt, sodass insoweit die nach Â§Â 59 AbsÂ 9 SatzÂ 1 LBeamtVG NRW entsprechend geltende Ausschlussklausel in Â§Â 59 AbsÂ 1 SatzÂ 2 LBeamtVG NRW zu beachten ist.

29
3.Â Der in Â§Â 56 AbsÂ 4 NrÂ 3 HalbsatzÂ 2 SGBÂ VI normierte Ausschlusstatbestand fÃ¼r die Anrechnung von KEZen in der gesetzlichen Rentenversicherung greift unabhÃ¤ngig davon, ob und in welchem Umfang nach beamtenrechtlichen Vorschriften die Erziehung bei der Versorgung zeitlich und finanziell im Einzelfall tatsÃ¤chlich BerÃ¼cksichtigung findet. Da Â§Â 56 AbsÂ 4 NrÂ 3 HalbsatzÂ 2 SGBÂ VI als speziellere Regelung Â§Â 56 AbsÂ 4 NrÂ 3 HalbsatzÂ 1 SGBÂ VI vorgeht (vgl BSG Urteile vom 10.10.2018 Â BÂ 13Â R 20/16Â R Â BSGE 127, 11 = SozR 42600 Â§Â 56 NrÂ 9, RdNrÂ 20 und BÂ 13Â R 29/17Â RÂ juris RdNrÂ 16Â ff, 19), ist allein ausschlaggebend, dass das System der Beamtenversorgung, in das die KlÃ¤gerin seit dem 1.2.1982 einbezogen ist, grundsÃ¤tzlich Leistungen fÃ¼r die Kindererziehung vorsieht, ohne dass im Einzelfall eine BerÃ¼cksichtigung erfolgt sein muss. Dies ergibt sich bei einer Auslegung des Â§Â 56 AbsÂ 4 NrÂ 3 HalbsatzÂ 2 SGBÂ VI anhand des Wortlauts, der Systematik, der Entstehungsgeschichte und seines Zwecks.

30
a)Â Wie bereits der 13.Â Senat zu Recht ausgefÃ¼hrt hat, fordert Â§Â 56 AbsÂ 4 NrÂ 3 HalbsatzÂ 2 SGBÂ VI nach seinem Wortlaut Â anders als Â§Â 56 AbsÂ 4 NrÂ 3 HalbsatzÂ 1 SGBÂ VIÂ im Fall einer â€Versorgung nach beamtenrechtlichen Vorschriften oder GrundsÃ¤tzen oder entsprechenden kirchenrechtlichen Regelungenâ€ keinen konkreten Vergleich der KEZen nach dem SGBÂ VI und nach anderen Versorgungsregelungen in zeitlicher Hinsicht (â€wÃ¤hrendâ€), in Bezug auf die rechtliche Einordnung/Art der Zeit (â€aufgrund der Erziehungâ€) und deren Bewertung (â€gleichwertigâ€). Â§Â 56 AbsÂ 4 NrÂ 3 HalbsatzÂ 2 SGBÂ VI bestimmt vielmehr durch gesetzliche Fiktion, dass eine solche Versorgung als â€in

diesem Sinne systembezogen annÃ¤hernd gleichwertig giltâ (vgl BSG Urteile vom 10.10.2018 Â BÂ 13Â R 20/16Â RÂ BSGE 127, 11 = SozR 42600 Â§Â 56 NrÂ 9, RdNrÂ 20 und Â BÂ 13Â R 29/17Â RÂ juris RdNrÂ 19).

31
b)Â Systematische ErwÃ¤gungen sprechen ebenfalls fÃ¼r einen pauschalen Ausschluss im Falle der ZugehÃ¶rigkeit zum System der Beamtenversorgung. Der Senat schlieÃt sich auch insoweit den AusfÃ¼hrungen des 13.Â Senats an (vgl BSG Urteile vom 10.10.2018 Â BÂ 13Â R 20/16Â RÂ BSGE 127, 11 = SozR 42600 Â§Â 56 NrÂ 9, RdNrÂ 20 und Â BÂ 13Â R 29/17Â RÂ juris RdNrÂ 19). Danach zeigt die systematische Stellung des HalbsatzesÂ 2 innerhalb der Regelung in Â§Â 56 AbsÂ 4 NrÂ 3 SGBÂ VI, dass dieser als spezielle Vorschrift der Anordnung in HalbsatzÂ 1 vorgeht. HalbsatzÂ 2 bezieht die Gleichwertigkeit nicht mehr wie HalbsatzÂ 1 ausdrÃ¼cklich auf die BerÃ¼cksichtigung der Erziehung in den wÃ¤hrend der Erziehungszeit erworbenen Anwartschaften, sondern sieht âeine Versorgung nach beamtenrechtlichen Vorschriften oder GrundsÃ¤tzenâ pauschal als annÃ¤hernd gleichwertig an. Der Gesetzgeber hat damit eine Regelung im Sinne einer âSystemsubsidiaritÃ¤tâ getroffen. Dies hat zur Folge, dass es auf die Art und Weise einer BerÃ¼cksichtigung von KEZen im System der Beamtenversorgung im konkreten Einzelfall nicht ankommt. Eine âEinzelfallsubsidiaritÃ¤tâ (vgl zu den Begriffen BSG Urteil vom 18.10.2005 Â BÂ 4Â RA 6/05Â RÂ SozR 42600 Â§Â 56 NrÂ 3 RdNrÂ 21) wird durch HalbsatzÂ 2 gerade ausgeschlossen.

32
c)Â Auch der Sinn und Zweck der Vorschrift streitet unter BerÃ¼cksichtigung der Entstehungsgeschichte fÃ¼r einen pauschalen systembezogenen Ausschluss. Bereits bei EinfÃ¼hrung der BerÃ¼cksichtigung von KEZen in der gesetzlichen Rentenversicherung durch das Hinterbliebenenrenten und Erziehungszeitengesetz (HEZG) vom 11.7.1985 (BGBlÂ I 1450) mit Wirkung zum 1.1.1986 (vgl Â§Â§Â 1227a AbsÂ 5 SatzÂ 2 NrÂ 2, 1231a iVm Â§Â 1229 AbsÂ 1 RVO idF vom 11.7.1985; Â§Â 1251a AbsÂ 4 BuchstÂ a RVO idF vom 18.12.1989; Â§Â§Â 2a, 8a AVG idF vom 11.7.1985, Â§Â 28a AbsÂ 4 AVG idF vom 18.12.1989; Â§Â§Â 29a, 31a RKG idF vom 11.7.1985, Â§Â 51a AbsÂ 4 RKG idF vom 18.12.1989) waren Beamte von einer Anrechnung von KEZen ausgeschlossen. Die ÃberfÃ¼hrung des Rentenrechts in das SGBÂ VI hat daran nichts geÃ¤ndert (vgl Â§Â 56 AbsÂ 4 NrÂ 2 SGBÂ VI idF des RRG 1992 vom 18.12.1989, BGBlÂ I 2261).

33
Mit dem Dritten Gesetz zur Ãnderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch, zur Errichtung einer Versorgungsausgleichskasse und anderer Gesetze (SGB4uaÃndG 2009) vom 15.7.2009 (BGBlÂ I 1939) wurde Â§Â 56 AbsÂ 4 NrÂ 2 und NrÂ 3 SGBÂ VI neu gefasst. Hintergrund war die Rechtsprechung zu KEZen fÃ¼r in der gesetzlichen Rentenversicherung befreite Personen, fÃ¼r die das BSG eine die Ausschlussregelung verfassungskonform einschrÃ¤nkende Auslegung des damaligen Â§Â 56 AbsÂ 4 NrÂ 2 SGBÂ VI vorgenommen hatte (vgl BSG Urteil vom 18.10.2005 Â BÂ 4 RA 6/05Â RÂ SozR 42600 Â§Â 56 NrÂ 3; dem folgend BSG Urteil vom 31.1.2008 Â BÂ 13Â R 64/06Â RÂ BSGE 100, 12 = SozR 42600 Â§Â 56 NrÂ 6). In Reaktion hierauf hat der Gesetzgeber die Ausschlussregelung neu formuliert (vgl

BTDrucks 16/13424 SÂ 34). Nunmehr waren Elternteile von der Anrechnung ausgeschlossen, wenn sie â□□wÃ¤hrend der Erziehungszeit Anwartschaften auf Versorgung im Alter nach beamtenrechtlichen Vorschriften â□¦ oder nach den Regelungen einer berufsstÃ¤ndischen Versorgungseinrichtung aufgrund der Erziehung erworben haben, die systembezogen gleichwertig berÃ¼cksichtigt wird wie die Kindererziehungszeit nach diesem Buchâ□□.

34
Die Neufassung fÃ¼hrte in der Folgezeit zu Unsicherheit darÃ¼ber, was als â□□systembezogen gleichwertigâ□□ anzusehen sei. So entschied das SG Dortmund (Urteil vom 22.3.2013 Â SÂ 34Â R 1594/10Â juris), dass keine â□□auch nur annÃ¤herndeâ□□ systembezogene Gleichwertigkeit im Falle der Anrechnung von sechs Monaten KEZ in der Beamtenversorgung fÃ¼r vor dem 1.1.1992 geborene Kinder gegenÃ¼ber einer zwÃ¶lfmonatigen, additiv zu sonstigen Beitragszeiten anrechenbaren KEZ in der gesetzlichen Rentenversicherung gegeben sei. Der Gesetzgeber nahm dies zum Anlass, Â§Â 56 AbsÂ 4 NrÂ 3 SGBÂ VI erneut zu Ã¼berarbeiten. Wie sich aus der BegrÃ¼ndung zum Entwurf des RVLVG (BTDrucks 18/909 SÂ 21 Â zu NrÂ 3) ergibt, sollte im Hinblick auf die Beamten der Rechtszustand vor der Ã□nderung des Â§Â 56 AbsÂ 4 SGBÂ VI durch das SGB4uaÃ□ndG 2009 wiederhergestellt werden. Um eine doppelte BerÃ¼cksichtigung von KEZen in der gesetzlichen Rentenversicherung und der Beamtenversorgung in jedem Fall zu vermeiden (BTDrucks 18/909 SÂ 21 Â zu NrÂ 3), sollten â□□Beamte wieder generell von der Anrechnung der Kindererziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung ausgeschlossen werden, da die Beamtenversorgung systembezogen Leistungen fÃ¼r Kindererziehung erbringtâ□□.

35
Zwar wurde die im Gesetzentwurf dazu enthaltene Formulierung nicht in die Endfassung des Gesetzes Ã¼bernommen. Sie sah vor, dass der bisher in Â§Â 56 AbsÂ 4 NrÂ 2 SGBÂ VI aF von der Anrechnung der Erziehungszeit pauschal ausgenommene Kreis der â□□in Â§Â 5 AbsÂ 4 genannten Personenâ□□ wieder um die in Â§Â 5 AbsÂ 1 SGBÂ VI genannten versicherungsfreien Personen erweitert wird (vgl BTDrucks 18/909 SÂ 7 Â zu ArtÂ 1 NrÂ 3). Die Vorschrift erhielt vielmehr im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens einen neuen Wortlaut (Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses fÃ¼r Arbeit und Soziales vom 21.5.2014 Â BTDrucks 18/1489 SÂ 5Â aÂ 1Â c, 26 zu BuchstÂ c), der der jetzigen Gesetzesfassung entspricht. An dem von der Bundesregierung geÃ¤uÃ□erten Gesetzeszweck hat aber auch der Ausschuss festgehalten. Mit der Regelung in NrÂ 3 Â anstelle der ErgÃ¤nzung in NrÂ 2Â sollte nur der ausgeschlossene Personenkreis klarer bestimmt werden: Die Neufassung sollte sicherstellen, dass nicht nur fÃ¼r Beamte, sondern auch fÃ¼r weitere Personengruppen, wie zB von der Versicherungspflicht nach Â§Â 6 AbsÂ 1 NrÂ 2 SGBÂ VI befreite LehrkrÃ¤fte, die Versorgungansprüche nach beamtenrechtlichen GrundsÃ¤tzen oder entsprechenden kirchenrechtlichen Regeln erwerben, der ursprÃ¼ngliche Rechtszustand vor der Ã□nderung des Â§Â 56 AbsÂ 4 SGBÂ VI durch das SGB4uaÃ□ndG 2009 wiederhergestellt wird. Auch fÃ¼r diese Personen habe sich herausgestellt, dass durch die bisherige NrÂ 3 und auch durch die im ursprÃ¼nglichen Gesetzesentwurf vorgesehenen Ã□nderungen von

NrÂ 2 undÂ 3 in Â§Â 56 AbsÂ 4 SGBÂ VI eine unzweifelhafte und eindeutige Abgrenzung der ZustÃ¤ndigkeit der Rentenversicherung fÃ¼r die Anrechnung von KEZen nicht mÃ¶glich sei und es infolgedessen zu Doppelanrechnungen kommen kÃ¶nne. Gleichzeitig sollte verhindert werden, dass bestimmte Personenkreise, etwa satzungsmÃ¤Ãige Mitglieder geistiger Genossenschaften, Diakonissen und AngehÃ¶rige Ã¤hnlicher Gemeinschaften nach Â§Â 5 AbsÂ 1 SatzÂ 1 NrÂ 3 HalbsatzÂ 2 SGBÂ VI, generell von der Anrechnung von KEZen auch dann ausgeschlossen werden, wenn sie keine Leistungen fÃ¼r Kindererziehung erhalten, die denen der gesetzlichen Rentenversicherung systembezogen annÃ¤hernd gleichwertig sind (vgl BTDrucks 18/1489 SÂ 26).

36
Das Erfordernis einer individuellen PrÃ¼fung, ob in der Versorgung des einzelnen Beamten nach beamtenrechtlichen Vorschriften bestimmte Zeiten der Kindererziehung tatsÃ¤chlich berÃ¼cksichtigt werden, ist dem nicht zu entnehmen. Vielmehr widersprÃ¤che ein solches VerstÃ¤ndnis dem bezweckten pauschalen Ausschluss der Beamten (vgl auch BSG Urteile vom 10.10.2018 Â BÂ 13Â R 20/16Â RÂ BSGE 127, 11 = SozR 42600 Â§Â 56 NrÂ 9, RdNrÂ 27 und Â BÂ 13Â R 29/17Â RÂ juris RdNrÂ 25).

37
III.Â Â§Â 56 AbsÂ 4 NrÂ 3 HalbsatzÂ 2 SGBÂ VI ist verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden. Der Senat schlieÃt sich auch insofern den AusfÃ¼hrungen des frÃ¼heren 13.Â Senats des BSG in seinen Urteilen vom 10.10.2018 an (BÂ 13Â R 20/16Â RÂ BSGE 127, 11 = SozR 42600 Â§Â 56 NrÂ 9, RdNrÂ 28Â ff und Â BÂ 13Â R 29/17Â RÂ juris RdNrÂ 26Â ff). Der Gesetzgeber durfte bei der BerÃ¼cksichtigung von KEZen eine pauschale Abgrenzung zur Beamtenversorgung vornehmen und dabei in Kauf nehmen, dass sich Zeiten der Kindererziehung in den beiden Systemen unterschiedlich und im Einzelfall im System der Beamtenversorgung Ã¼berhaupt nicht auswirken.

38
1.Â Ein VerstoÃ gegen ArtÂ 3 AbsÂ 1 GG liegt nicht vor.

39
Der allgemeine Gleichheitssatz des ArtÂ 3 AbsÂ 1 GG verbietet, eine Gruppe von Normadressaten im Vergleich zu anderen Normadressaten anders zu behandeln, obwohl zwischen beiden Gruppen keine Unterschiede von solcher Art und solchem Gewicht bestehen, dass sie die ungleiche Behandlung rechtfertigen kÃ¶nnten (stRspr; vgl etwa BVerfG Urteil vom 17.7.2002 Â 1Â BvF 1/01, 1Â BvF 2/01Â BVerfGE 105, 313, 352 = juris RdNrÂ 108 mwN). Das hieraus folgende Gebot, wesentlich Gleiches gleich und wesentlich Ungleiches ungleich zu behandeln, gilt fÃ¼r ungleiche Belastungen und ungleiche BegÃ¼nstigungen. Verboten ist daher auch ein gleichheitswidriger BegÃ¼nstigungsausschluss, bei dem eine BegÃ¼nstigung einem Personenkreis gewÃ¤hrt, einem anderen Personenkreis aber vorenthalten wird (vgl BVerfG Urteil vom 26.5.2020 Â 1Â BvL 5/18Â BVerfGE 153, 358 RdNrÂ 94). Bei der ÃberprÃ¼fung, ob eine Regelung, die allein eine BegÃ¼nstigung gewÃ¤hrt, den begÃ¼nstigten vom nicht begÃ¼nstigten

Personenkreis im Einklang mit dem allgemeinen Gleichheitssatz abgrenzt, ist nicht zu untersuchen, ob der Gesetzgeber die zweckmÃ¤Ãigste oder gerechteste LÃ¶sung gefunden hat, sondern nur, ob er die verfassungsrechtlichen Grenzen seiner hierbei grundsÃ¤tzlich weiten Gestaltungsfreiheit eingehalten hat. Die gesetzlichen Differenzierungen mÃ¼ssen lediglich auf hinreichend sachbezogenen, nach Art und Gewicht vertretbaren GrÃ¼nden beruhen (vgl BVerfG Beschluss vom 18.7.2023 Â 1Â BvR 980/23Â juris RdNrÂ 2 unter Hinweis auf BVerfG Beschluss vom 28.4.2022 Â 1Â BvL 12/20Â BVerfGE 162, 178 RdNrÂ 9; stRspr).

40
a)Â Ein gleichheitswidriger BegÃ¼nstigungsausschluss scheidet hier schon deshalb aus, weil es an der Vergleichbarkeit der gesetzlichen Rentenversicherung und der Beamtenversorgung fehlt. Es handelt sich, wie der 13.Â Senat des BSG bereits Ã¼berzeugend ausgefÃ¼hrt hat (BSG Urteile vom 10.10.2018 Â BÂ 13Â R 20/16Â RÂ BSGE 127, 11 = SozR 42600 Â§Â 56 NrÂ 9, RdNrÂ 31 und Â BÂ 13Â R 29/17Â RÂ juris RdNrÂ 29, jeweils mit zahlreichen Nachweisen), seit jeher und auch noch heute um zwei getrennte Alterssicherungssysteme, die sich strukturell in so erheblicher Weise unterscheiden, dass sie nicht vergleichbar iS von ArtÂ 3 AbsÂ 1 GG sind (vgl auch BVerwG Urteil vom 13.10.2020 Â 2Â C 11.20Â juris RdNrÂ 26 mwN). So beruht die Beamtenversorgung auf einem lebenslangen besonderen Dienst und TreueverhÃ¤ltnis zwischen dem Dienstherrn und dem Beamten und geht deshalb vom Prinzip der angemessenen Alimentation aus. Sie wird aus Steuern finanziert und vom Dienstherrn als Vollversorgung geleistet (vgl BVerfG Beschluss vom 30.9.1987 Â 2Â BvR 933/82Â BVerfGE 76, 256, 298Â f = juris RdNrÂ 91Â ff). Dagegen ist die gesetzliche Rentenversicherung eine grundsÃ¤tzlich umlagefinanzierte Zwangsversicherung, die in mittelbarer Staatsverwaltung von SelbstverwaltungstrÃ¤gern durchgefÃ¼hrt wird. Sie ist Â im Vergleich zur BeamtenversorgungÂ als zu ergÃ¤nzende Grundversorgung (vgl BVerfG Urteil vom 27.9.2005 Â 2Â BvR 1387/02Â BVerfGE 114, 258 = juris RdNrÂ 132) anzusehen. AnsprÃ¼che werden durch die BeitrÃ¤ge der Versicherten, der Arbeitgeber und Dritter sowie im Bereich â versicherungsfremderâ Aufgaben grundsÃ¤tzlich durch Steuern gedeckt und sind vom Gedanken des sozialen Ausgleichs geprÃ¤gt (vgl BVerfG Beschluss vom 30.9.1987 Â 2Â BvR 933/82Â BVerfGE 76, 256, 304Â f = juris RdNrÂ 95; BVerfG Beschluss vom 18.2.1998 Â 1Â BvR 1318/86, 1Â BvR 1484/86Â BVerfGE 97, 271, 295 = juris RdNrÂ 96). Diese Unterschiede der verschiedenen Alterssicherungssysteme knÃ¼pfen an historische Entwicklungen an und bestehen im Kern bis heute fort (sÂ dazu auch Deutscher Bundestag Â Wissenschaftliche Dienste, Sachstand â Anerkennung von Erziehungszeiten fÃ¼r Beamtinnenâ Â WD 6 3000 Â 133/18Â unter 3.).

41
Zwar haben sich die beiden Alterssicherungssysteme gerade im Bereich der BerÃ¼cksichtigung von KEZen in letzter Zeit angenÃ¤hert. So wurde im Beamtenversorgungsrecht zum Stichtag 1.1.1992 die Art und Weise der BerÃ¼cksichtigung von KEZen grundlegend geÃ¤ndert und eng an das gleichzeitig verabschiedete RRG 1992 angelehnt (sÂ oben IIÂ 1a RdNrÂ 20Â ff). Auch hat etwa der Gesetzgeber des BeamtVG zum 1.9.2020 die BerÃ¼cksichtigung von KEZen fÃ¼r vor dem 1.1.1992 geborene Kinder dem SGBÂ VI entsprechend nachvollzogen

(sÂ oben IIÂ 1a RdNrÂ 24). Dies Ã¤ndert jedoch nichts an dem eigenstÃ¤ndigen Charakter der Beamtenversorgung und der Unterschiedlichkeit der Systeme (BSG Urteile vom 10.10.2018 Â BÂ 13Â R 20/16Â RÂ BSGE 127, 11 = SozR 42600 Â§Â 56 NrÂ 9, RdNrÂ 32 und Â BÂ 13Â R 29/17Â RÂ juris RdNrÂ 30 unter Hinweis auf den Gesetzentwurf zum BeamtVG vom 6.9.1989, BTDrucks 11/5136 SÂ 21).

42
Der allgemeine Gleichheitssatz gebietet es nicht, Ã¤hnliche Sachverhalte in verschiedenen Ordnungsbereichen mit anderen systematischen und sozialgeschichtlichen ZusammenhÃ¤ngen gleich zu regeln bzw gleich zu behandeln (vgl BVerfG Beschluss vom 8.4.1987 Â 1Â BvR 564/84Â uaÂ BVerfGE 75, 78, 107 = juris RdNrÂ 81; BVerfG Beschluss vom 26.2.2010 Â 1Â BvR 1541/09Â uaÂ juris RdNrÂ 35; BSG Urteile vom 10.10.2018 Â BÂ 13Â R 20/16Â RÂ BSGE 127, 11 = SozR 42600 Â§Â 56 NrÂ 9, RdNrÂ 32 und Â BÂ 13Â R 29/17Â RÂ juris RdNrÂ 30, jeweils mwN). Es ist dem Gesetzgeber Ã¼berlassen, ob und zu welchem Zeitpunkt er Ã nderungen und Verbesserungen auf den verschiedenen Einzelgebieten vornehmen will (vgl BVerfG Beschluss vom 18.6.1975 Â 1Â BvL 4/74Â BVerfGE 40, 121, 140 = SozR 2400 Â§Â 44 NrÂ 1 = juris RdNrÂ 61; sÂ auch BSG Urteile vom 10.10.2018 Â BÂ 13Â R 20/16Â RÂ BSGE 127, 11 = SozR 42600 Â§Â 56 NrÂ 9, RdNrÂ 32 und Â BÂ 13Â R 29/17Â RÂ juris RdNrÂ 30). Dies gilt umso mehr, wenn, wie hier, fÃ¼r die Ausgestaltung der Versorgungsleistungen und der gesetzlichen Rentenversicherung seit September 2006 unterschiedliche Gesetzgeber zustÃ¤ndig sind (vgl auch BVerfG Beschluss vom 7.11.2002 Â 2Â BvR 1053/98Â BVerfGE 106, 225, 241 = juris RdNrÂ 48; sÂ auch BSG Urteile vom 10.10.2018 Â BÂ 13Â R 20/16Â RÂ BSGE 127, 11 = SozR 42600 Â§Â 56 NrÂ 9, RdNrÂ 33 und Â BÂ 13Â R 29/17Â RÂ juris RdNrÂ 31).

43
b)Â Selbst wenn der pauschale Ausschluss der Beamten von Leistungen der Kindererziehung in der gesetzlichen Rentenversicherung nach Â§Â 56 AbsÂ 4 NrÂ 3 HalbsatzÂ 2 SGBÂ VI als Ungleichbehandlung iS von ArtÂ 3 AbsÂ 1 GG angesehen wÃ¼rde, so wÃ¤re diese gerechtfertigt. Der Senat schlieÃt sich auch insoweit der Rechtsprechung des frÃ¼heren 13.Â Senats an. Die Differenzierung knÃ¼pft nicht an die PersÃ¶nlichkeit oder familienbezogene Merkmale an, sondern an verschiedene systematische Regelungsbereiche mit jeweils eigenen LÃ¶sungsansÃ¤tzen fÃ¼r das mit der BerÃ¼cksichtigung von KEZen verfolgte sozialpolitische Anliegen.

44
Hinzu kommt, dass der Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers bei aus Bundesmitteln zum sozialen Ausgleich gewÃ¤hrten Leistungen wie den KEZen besonders groÃ ist (vgl BSG Urteil vom 21.10.2021 Â BÂ 5Â R 28/21Â RÂ BSGE 133, 64 = SozR 42600 Â§Â 56 NrÂ 11, RdNrÂ 34 mwN; BSG Urteile vom 10.10.2018 Â BÂ 13Â R 20/16Â RÂ BSGE 127, 11 = SozR 42600 Â§Â 56 NrÂ 9, RdNrÂ 35 mwN und Â BÂ 13Â R 29/17Â RÂ juris RdNrÂ 33 mwN). Zudem besteht ein weiter Â freilich nicht unbegrenzterÂ Spielraum des Gesetzgebers fÃ¼r generalisierende, typisierende und pauschalierende Regelungen im Bereich der Massenverwaltung, zu der auch das Leistungsrecht der gesetzlichen Rentenversicherung zÃ¤hlt (vgl

BVerfG Beschluss vom 7.4.2022 Â 1Â BvL 3/18Â uaÂ BVerfGE 161, 163 RdNrÂ 316; BVerfG Beschluss vom 4.4.2001 Â 2Â BvL 7/98Â BVerfGE 103, 310, 319 = juris RdNrÂ 42; BSG Urteil vom 21.10.2021 Â BÂ 5Â R 28/21Â RÂ BSGE 133, 64 = SozR 42600 Â§Â 56 NrÂ 11, RdNrÂ 34). Auch diesen Anforderungen (vgl dazu BVerfG Beschluss vom 7.4.2022 Â 1Â BvL 3/18Â uaÂ BVerfGE 161, 163 RdNrÂ 316 mwN) wird Â§Â 56 AbsÂ 4 NrÂ 3 HalbsatzÂ 2 SGBÂ VI gerecht. Der Gesetzgeber ist insbesondere vom Regelfall ausgegangen, dass fÃ¼r Beamte im Rahmen der beamtenrechtlichen Versorgung grundsÃ¤tzlich Zeiten der Kindererziehung berÃ¼cksichtigt werden und eine zusÃ¤tzliche BerÃ¼cksichtigung von KEZen in der gesetzlichen Rentenversicherung zu Doppelleistungen fÃ¼hren wÃ¼rde.

45
Nachteilig betroffen wird nur eine verhÃ¤ltnismÃ¤Ãig kleine Zahl von Personen, die Â wie die KlÃ¤gerinÂ infolge eines â□□Systemwechselsâ□□ wÃ¤hrend der Kindererziehung von der gesetzlichen Rentenversicherung in die Beamtenversorgung aufgrund der landesrechtlichen Regelungen dort bislang keine Zeiten der Kindererziehung berÃ¼cksichtigt erhielt. Auswirkungen kann ein â□□Systemwechselâ□□ wÃ¤hrend der Erziehungszeit Ã¼berhaupt nur bei vor dem 1.1.1992 geborenen Kindern haben, weil alle LÃ¤nder sowie der Bund fÃ¼r ab dem 1.1.1992 geborenen Kinder im Gleichklang mit den Vorschriften des SGBÂ VI mittlerweile einen das Ruhegehalt erhÃ¶henden Kindererziehungszuschlag fÃ¼r bis zu 36Â Kalendermonate vorsehen. Soweit, wie hier, weiterhin Â§Â 6 AbsÂ 1 SatzÂ 4 undÂ 5 BeamtVG in der bis zum 31.12.1991 geltenden Fassung Anwendung findet, wird zudem oftmals gleichzeitig mit der Erziehungszeit eine ruhegehaltfÃ¤hige Dienstzeit vorliegen. Bis zum â□□Systemwechselâ□□ werden die KEZen in der gesetzlichen Rentenversicherung grundsÃ¤tzlich berÃ¼cksichtigt.

46
2.Â Der 13.Â Senat hat bereits Ã¼berzeugend ausgefÃ¼hrt, dass die Ausschlussregelung weder zu einer geschlechtsbezogenen direkten oder indirekten Ungleichbehandlung von Frauen unter Verletzung des besonderen Gleichbehandlungsgebots in ArtÂ 3 AbsÂ 2 SatzÂ 1 GG oder des Benachteiligungsverbots in ArtÂ 3 AbsÂ 3 SatzÂ 1 GG fÃ¼hrt (vgl BSG Urteile vom 10.10.2018 Â BÂ 13Â R 20/16Â RÂ BSGE 127, 11 = SozR 42600 Â§Â 56 NrÂ 9, RdNrÂ 46Â f und Â BÂ 13Â R 29/17Â RÂ juris RdNrÂ 44Â f).

47
3.Â Ein VerstoÃ□ von Â§Â 56 AbsÂ 4 NrÂ 3 HalbsatzÂ 2 SGBÂ VI gegen ArtÂ 6 AbsÂ 1 GG iVm dem Sozialstaatsgebot ist ebenfalls nicht ersichtlich. Der Gesetzgeber ist aufgrund des Schutzauftrags aus ArtÂ 6 AbsÂ 1 GG zwar dazu verpflichtet, durch die Kindererziehung entstehende Benachteiligungen in der Alterssicherung von kindererziehenden Familienmitgliedern auszugleichen. Aus dem Verfassungsauftrag lassen sich konkrete Folgerungen fÃ¼r die einzelnen Rechtsgebiete und Teilsysteme, in denen der Familienlastenausgleich zu verwirklichen ist oder konkrete AnsprÃ¼che auf bestimmte staatliche Leistungen aber nicht ableiten. Insoweit besteht vielmehr grundsÃ¤tzlich Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers (vgl BVerfG Urteil vom 7.7.1992 Â 1Â BvL 51/86Â uaÂ BVerfGE 87, 1, 36 = SozR 35761 Allg NrÂ 1 = juris RdNrÂ 123).

48
IV.Â Die Voraussetzungen fÃ¼r einen Zuschlag nach Â§Â 307d AbsÂ 1a SatzÂ 1 SGBÂ VI liegen nicht vor. Danach wird bei Versicherten, deren Rentenanspruch nach dem 30.6.2014 und vor dem 1.1.2019 entstanden ist, ab dem 1.1.2019 ein Zuschlag an persÃ¶nlichen EPn fÃ¼r Kindererziehung fÃ¼r ein vor dem 1.1.1992 geborenes Kind berÃ¼cksichtigt, wenn in der Rente eine BerÃ¼cksichtigungszeit wegen Kindererziehung fÃ¼r den 24.Â Kalendermonat nach Ablauf des Monats der Geburt angerechnet wurde und kein Anspruch nach den Â§Â§Â 294 und 294a SGBÂ VI besteht. Diese Voraussetzungen hat die KlÃ¤gerin nicht erfÃ¼llt. Die Tochter K ist zwar vor dem 1.1.1992 geboren; in ihrer Rente ist fÃ¼r die Tochter aber keine KEZ fÃ¼r den 24.Â Kalendermonat nach Ablauf der Geburt angerechnet worden, weil die KlÃ¤gerin ab dem 1.2.1982 durch ihren Wechsel in die Beamtenversorgung von einer Anrechnung von KEZen ausgeschlossen ist und daher lediglich die ersten zehnÂ Kalendermonate nach Ablauf des Monats der Geburt als KEZen angerechnet worden sind.

49
C. Die Kostenentscheidung beruht auf Â§Â 193 SGG.

Â

Erstellt am: 19.02.2024

Zuletzt verändert am: 21.12.2024